

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. Ratssitzung vom 3. Juni 2015

### 998. 2014/318

#### **Motion der SVP-, FDP-, GLP- und CVP-Fraktion vom 22.10.2014: Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans durch den Gemeinderat**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Roger Liebi (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 431/2014): In den letzten Budget- und Rechnungsdiskussionen zeigte sich, dass die Stadt ein finanzielles Problem hat. Die Defizitbeträge liegen im dreistelligen Millionenbereich. Auf diese Situation kann der Gemeinderat in der Budgetdebatte nicht angemessen reagieren, denn im Dezember lassen sich viele Posten nicht mehr anpassen. Die Folge davon sind zahlreiche Zusatzkredite. Dieses System scheint uns überholt; das komplexe Zusammenspiel von Wirtschaft und Öffentlichkeit verlangt nach längeren Planungsmöglichkeiten. Zwar leistet der Stadtrat Planungsarbeit, indem er den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) anpasst, doch es fehlen Einflussmöglichkeiten für den Gemeinderat. Motionen sind aufgrund ihrer langen Bearbeitungszeit keine geeigneten Instrumente. Für den Stadtrat ist der AFP ein Instrument zur Bestimmung des künftigen Ressourcenbedarfs, zur Abstimmung künftiger Ausgaben und Investitionen mit den verfügbaren Mitteln sowie zur Bewahrung der finanziellen Handlungsfreiheit durch Früherkennung. Zudem ist er die Grundlage für eine sachliche Steuerpolitik. Betrachtet man die AFP seit 2009, fällt bei der Aufwand- und bei der Personalstellenentwicklung eine laufende Steigerung auf, während die Steuererträge zurückgehen. Es wäre auch für den Stadtrat von Vorteil, wenn er bei Einsparungen oder auch bei Investitionen vom Gemeinderat unterstützt würde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Ich habe Verständnis dafür, dass der Gemeinderat mitreden und informiert sein will. Das kantonale Gesetz sieht jedoch eine klare Rollenteilung vor: Die mittel- oder längerfristigen Planungen sind Aufgabe der Exekutive. Dieses System wird als sinnvoll anerkannt, so wurde in der langen Debatte zum Gemeindegesetz (GG, 131.1) auch kein Antrag zur Änderung gestellt. Die Motion lässt sich somit nicht umsetzen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Urs Egger (FDP):** Unser Anliegen ist es, dem Stadtrat zu helfen. Es zeigt sich immer wieder, dass mit der Planung zu einem früheren Zeitpunkt gestartet werden sollte. Der Stadtrat argumentiert sehr legalistisch. Es geht hier nicht um Kompetenzstreitigkeiten, sondern um die Möglichkeit eines früheren Einbezugs des Gemeinderats. In der Antwort des Stadtrats steht übrigens auch, «[...] dass der Finanz-*

2 / 4

und Aufgabenplan der Legislative zur Kenntnis zu bringen ist [...]» Wir nehmen viele Berichte zur Kenntnis, haben aber auch die Möglichkeit, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen.

**STR Daniel Leupi:** Dr. Urs Egger (FDP) vermischt die Kantonsebene mit der Gemeindeebene. Für die Gemeinden hat der Kanton die Kompetenzen klar festgelegt. Die Motion verlangt nicht einen früheren Einbezug, sondern die Vorlage des AFP zur Genehmigung und widerspricht somit dem kantonalen Gesetz.

**Walter Angst (AL):** Alle drei Vorstösse in diesem Bereich stehen im Widerspruch zu den Finanzreglementen und den geläufigen Budgetprozessen. Es wäre auch reine Zeitverschwendung, im Rat über den AFP zu befinden und diesen am Schluss zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. In der Budgetdebatte sowie bei den Zusatzkrediten I und II hat der Gemeinderat die Möglichkeit, genaue Geldbeträge zu sprechen. Im Anschluss kann er den Stadtrat und die Verwaltung sogar rügen, falls das Budget nicht eingehalten wurde. Planungsaufgaben sind keine zielgenauen Werte und obliegen gemäss Gemeindegesetz der Vorsteherschaft der Gemeinde.

**Samuel Dubno (GLP):** In der Vergangenheit war der AFP nichts anderes als eine Wunschliste der Verwaltung. Der von Roger Liebi (SVP) aufgezeigte Mechanismus, der im AFP enthalten ist, ist nachvollziehbar. Die Problematik liegt darin, dass wir als Gemeinderat nur sehr kurzfristig über die finanzielle Entwicklung der Stadt mitbestimmen können. Für uns ist es frustrierend, während der Budgetdebatte z. T. spätabends noch über Posten bestimmen zu müssen, an denen sowieso nichts mehr geändert werden kann. Das Argument, unser Anliegen sei nicht motionabel, lasse ich nicht gelten, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Stadtrat muss sich überlegen, wie der Gemeinderat konkret an einer mittelfristigen Planung mitarbeiten könnte.

**Rebekka Wyler (SP):** Wir verfügen über detaillierte Steuerungsmöglichkeiten, ausser vielleicht bei Globalbudgets. Wie wir wissen, gibt es immer Abweichungen zwischen Budget und Rechnung. Die Abweichungen zwischen AFP und den Schlusszahlen sind noch viel grösser, denn der AFP ist nur ein ungefährender Plan auf operativer Ebene. Deshalb sehe ich keinen Sinn in einer Abnahme des AFP durch den Gemeinderat.

**Felix Moser (Grüne):** Die Motion verlangt, dass der AFP dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wird. Es geht also nicht um einen blossen frühzeitigen Einbezug. Eine solche Genehmigung ist rechtlich gar nicht möglich. Während das Budget verbindlich ist, bleibt der AFP ein unverbindliches Planungsinstrument. Der Gemeinderat verfügt über genügend Möglichkeiten, auf die Entwicklung der Finanzen Einfluss zu nehmen. In der Rechnungsprüfungskommission (RPK) können wir den AFP diskutieren und durchaus auch Fragen dazu stellen. Eine Genehmigung durch den Gemeinderat würde nichts ändern. Die Motion ist sinnlos und führt zu mehr Bürokratie.

**Mario Mariani (CVP):** Die Motion muss im Zusammenhang mit der Rollenteilung zwischen Stadtrat und Gemeinderat betrachtet werden. Die Diskussion von Einzelbeträgen ist unsinnig, die Tendenz geht richtigerweise mehr und mehr zum Globalbudget. Der Gemeinderat soll sich vermehrt mit strategischen Fragen befassen,

3 / 4

also auch mit dem AFP. Eine Genehmigung durch den Gemeinderat verschafft dem Stadtrat auch eine höhere Legitimation. Allfällige Widersprüche zum Gesetz müssen uns jetzt nicht kümmern.

**Roger Tognella (FDP):** Auf der Homepage der Stadt Zürich heisst es: «Der Stadtrat legt jeweils dem Parlament mit dem Budget den mittelfristigen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) vor.» Damit fordert uns der Stadtrat doch zum Mitdenken auf; wir dürfen und sollen den AFP anschauen, und sei es nur als Bericht. Es ist durchaus unsere Pflicht, den AFP zu diskutieren und ihn zur Kenntnis zu nehmen oder abzulehnen. Diese Pflicht können wir mit einem Beschluss verbindlich werden lassen.

**Andrea Nüssli (SP):** Es ist wichtig, dass der AFP diskutiert wird. In der RPK geschieht dies im Rahmen der Budgetprüfung auch tatsächlich. Eine zusätzliche Beratung im Gemeinderat ist nicht nötig. Der AFP bleibt eine Prognose, selbst wenn darüber beschlossen würde.

**Roger Liebi (SVP):** Im Vergleich zu vielen anderen Themen, die wir im Rat diskutieren, ist das Thema der Motion sehr wichtig. Die Aussage von Felix Moser (Grüne), wonach das Budget verbindlich sei, steht im Widerspruch zu einer Aussage von STR Daniel Leupi, die er in der letzten Budgetdebatte gemacht hat – offenbar sind sich die Grünen nicht einig über die Verbindlichkeit des Budgets. Zum Votum von RPK-Präsidentin Rebekka Wyler (SP): Es stimmt nicht, dass der AFP und die Rechnung jeweils erheblich voneinander abweichen. In seiner Ablehnung schreibt der Stadtrat klar, dass der AFP dem Gemeindeparlament (und nicht der RPK) mit der Budgetvorlage zur Kenntnis zu bringen ist. Somit haben wir auch das Recht, den AFP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich muss der AFP vom Stadtrat erstellt werden. Ich verstehe nicht, warum der formalistisch denkende Stadtrat nicht bereit ist, das Anliegen wenigstens als Postulat entgegenzunehmen.

**STR Daniel Leupi:** Wir bringen den AFP dem Gemeinderat jeweils zur Kenntnis. Die Motion fordert aber, der AFP sei dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Es haben jetzt sämtliche Redner der entsprechenden Fraktionen ihre eigene Motion relativiert. Zudem tun sie so, als würde der Stadtrat das Budget ganz allein aufstellen. Das stimmt natürlich nicht; ein Grossteil des Budgets wird vom Gemeinderat selbst oder von übergeordneten Gesetzen bestimmt. Noch einmal: Die Motion verstösst ganz offensichtlich gegen kantonales Recht.

**Walter Angst (AL):** Der Gemeinderat kann nicht auf der Planungsebene steuern und den Entwurf anschliessend mit jährlichen detaillierten Budgetzahlen unter- oder übersteuern. Wir müssen uns auf das eine oder das andere konzentrieren, und zwar werden wir auch weiterhin punktgenau auf dem Konto im Budget beschliessen, wie viel der Verwaltung zur Verfügung steht. Wenn wir zusätzlich auch über den AFP sprechen wollen, können wir ja einen Beschlussantrag in der RPK stellen. Den AFP könnte man im November diskutieren und dann zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nehmen.



4 / 4

Die Motion wird mit 60 gegen 60 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat